

Einwanderer stellen sich den Wählern

Eine junge Bewegung beteiligt sich erstmals an Wahlen: Bei Second@s Plus (Liste 15) kandidieren Schweizerinnen und Schweizer aus der ganzen Welt.

«Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, und wir sind ein Produkt dieser Tatsache», sagte Roberto Rodriguez am Dienstag in Zürich beim Start der Wahlkampagne von Second@s Plus. «Wir, die Secondos und Secondas, wollen einem grossen Teil der Bevölkerung eine Stimme in Bern geben. Damit meinen wir nicht nur die eingebürgerten Migranten, sondern auch jene, die keinen Schweizer Pass besitzen.»

Unabhängig, mit der SP verbunden

Sie seien noch keine Partei, erst eine Bewegung, sagten die Initianten der Gruppe mit dem @, dem neuen A und O der Geschlechtergerechtigkeit. Auf ihrer Wahlliste stehen 33 Schweizerinnen und Schweizer, die entweder selber Migranten sind oder aber Kinder von Migranten, Secondos und Secondas. Auch wenn etwa ein Viertel ihrer Mitglieder bei der SP ist, betrachtet sich die Bewegung als unabhängige Organisation. Zwar besteht eine Listenverbindung mit der SP, doch empfehlen die Secondisten bewusst nur eine Migrantin auf der SP-Liste zur Wahl: Fiammetta Jahreiss-Montagnani. Und den Zentralschweizer Einwanderer Sepp Estermann als Ständerat.

Schweizer Pass nach fünf Jahren

Second@s Plus setzt sich für eine fortschrittliche Migrations- und Familienpolitik ein. Einige der Kandidierenden stellten die Kernpunkte ihres Programms vor. Die Studentin Natalie Avanzino lobte die neusten Einbürgerungsentscheide des Bundesgerichts. Sie begrüsst auch die Revision des Bürgerrechtsgesetzes, forderte aber, die Einbürgerungsfrist für Immigranten - wie in vielen europäischen Staaten üblich - auf fünf Jahre zu senken. Als Fernziel nannte sie die Schaffung eines vom Bund verliehenen Bürgerrechts. Das Prinzip, dass die

Gemeinde das entscheidende Wort habe, fördere nur die Willkür.

Der Gewerkschaftsfunktionär und SP-Gemeinderat Salvatore Di Concilio sagte: «Demokratie bedeutet, dass das Volk regieren soll, und Migranten und Migrantinnen gehören zum Volk - oder etwa nicht?» Neuenburg und Jura hätten das Ausländerstimmrecht, Appenzell Ausserrhoden und Graubünden überliessen es den Gemeinden, Ausländer stimmen und wählen zu lassen. Doch der Kanton Zürich verleihe ihnen in seiner neuen Verfassung nicht einmal das Stimmrecht in Schulfragen. Dafür schäme er sich als Zürcher, sagte Di Concilio.

Die Mittelschullehrerin Viktória Tóth plädierte für Chancengleichheit für Schweizer und Ausländer und die Sprachlehrerin Chaorong Tang Fricker gegen Sparmassnahmen im Bildungswesen.

Jugend integrieren statt ausgrenzen

Der Produktmanager Andrew Katumba, dessen Wahlplakat das «Neger»-Schlagwort einer SVP-Sektion witzig pariert, sprach über das schlechte Image ausländischer Jugendlicher. Diese Entwicklung müsse man ernst nehmen. «Wenn die ausländischen Jugendlichen jedoch immer mehr als Bedrohung inszeniert werden, sehen sich rechtspopulistische Gruppierungen vermehrt in der Rolle als so genannte Verteidiger von Heimat und Staat bestärkt. Es wird immer mehr Angst geschürt, statt Zuversicht gesät.» Wichtig sei eine aktive Integrationspolitik, welche die Migrantenkinder nicht auf ein Abstellgleis dränge, sagte Katumba.

Die Liste 15 will mit Partys und an Orten werben, wo viele Migranten arbeiten. Etwa mit dem Spruch: «Ohne Migranten keine starke Fussball-Nationalmannschaft.»